AFRIKA 13.07.2015 | Bettina Rühl

Flüchtlinge, die „Infiltranten“ heißen

Das Schicksal der eritreischen Flüchtlinge vor und hinter Israels Grenzen ist würdelos.

Bundespräsident Joachim Gauck hat wieder einmal eine Kontroverse ausgelöst. Am Weltflüchtlingstag erklärte er, die Deutschen sollten aus ihrer eigenen Erfahrung heraus großherziger gegenüber heutigen Flüchtlingen sein. Dafür erntete er Kritik des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer. In einem Interview hinterfragte Seehofer den Vergleich mit der Vertreibung aus dem Osten und heutigen Asylsuchenden. Gleichzeitig warnte er vor massenhaftem Asylmissbrauch und forderte die konsequente Abschiebung abgelehnter Asylsuchender. Nicht ganz so scharf, aber in eine ähnliche Richtung äußerte sich Bundesinnenminister Thomas de Maizière. In einem Interview mit dem SWR-Hörfunk bezeichnete er beispielsweise Asylsuchende aus dem notorischen Bürgerkriegsland Somalia als offensichtliche Wirtschaftsflüchtlinge.

Unter denjenigen, die Europa seit Monaten über das Mittelmeer zu erreichen versuchen und dabei zu Hunderten sterben, sind besonders viele Eritreer. Tausende ihrer Landsleute erreichen noch nicht einmal das Mittelmeer, sie werden direkt hinter der eritreischen Grenze von ägyptischen Menschenhändlern aus sudanesischen Flüchtlingslagern verschleppt. Früher wurden sie anschließend auf der Sinai-Halbinsel gefoltert, um Lösegeld von ihren Angehörigen zu erpressen. Danach brachten die Menschenschmuggler ihre Opfer in die Nähe der israelischen Grenze, um sie auf diese Weise frei zu lassen.

Inzwischen wehrt Israel afrikanische Flüchtlinge noch konsequenter ab als früher. Mit kilometerlangen Sperranlagen hat es seine Grenze nach Ägypten gegen so genannte „Infiltranten“ verschlossen. Entlang der gut 256 Kilometer langen Grenze haben die israelischen Streitkräfte einen knapp fünf Meter hohen Zaun errichtet. Die Umzäunung ist mit Radargeräten, Bewegungssensoren und Kameras ausgestattet. Man kann das Bauwerk sogar aus dem Weltraum sehen.

Einer von denen, die Israel noch vor Errichtung des Zaunes erreichten, ist Simon Sium Mengesha. Wir treffen uns an einem späten Abend in einem

Kellerraum in Tel Aviv. Die triste Örtlichkeit ist Sitz einer eritreischen Oppositionspartei im Exil, der „Eritreischen Bewegung für Demokratie und Gerechtigkeit“ (EMDJ). In Eritrea selbst ist Opposition unmöglich, deshalb kämpfen die Flüchtlinge vom Ausland aus für eine Veränderung. Außer Simon sind noch weitere Eritreer im Raum, darunter eine Frau. Bei vielen sind die Spuren der Folter schon auf den ersten Blick erkennbar: die Hände zu Krallen verkrümmt, fehlende Finger, Brandnarben auf den Armen, Simon hat eine Narbe am Kinn. „Da haben sie mich mit einem Stock geschlagen.“ Man möchte sich die Körper unter der Kleidung gar nicht vorstellen.

Simon Sium Mengesha ist 36 Jahre alt und am Ende. „Mein Leben ist gelaufen“, sagt er, „ich denke nur noch an meine Kinder“. Seinen jüngeren Sohn kennt er nicht, den älteren hat er zuletzt vor acht Jahren gesehen, da war das Kind ein knappes Jahr alt. In Eritrea war Simon beim Militär, die Wehrpflicht gilt mit offenem Ende für Männer und Frauen. Nach dem Grundwehrdienst studierte er an einer Militärhochschule Mathematik und wurde dann Lehrer, musste Rekruten und andere Militärs unterrichten. Für seine Arbeit wurde er nicht bezahlt, statt eines Solds bekam er nur Verpflegung. An einem Abend vor inzwischen acht Jahren fand wieder einmal eine Parteiversammlung statt. Gegen Ende meldete sich Simon und stellte eine Frage: Warum Eritrea keine Verfassung habe, mehr als zehn Jahre nach seiner Unabhängigkeit 1993? Noch während der Versammlung wurde er verhaftet und in ein unterirdisches Gefängnis gebracht, es gibt davon viele in Eritrea. Die Gefangenen leben dort monatelang ohne Licht, nur zur Verrichtung ihrer Notdurft dürfen sie bisweilen nach oben. Zwischendurch werden die meisten gefoltert, um „Geständnisse“ zu erzwingen. Simon weiß nicht, mit wie vielen Menschen er eingesperrt war, dem vielstimmigen Gemurmel in der Dunkelheit nach waren es viele. Vielleicht 500, meint er. Zu essen gab es zwei Mal täglich ein Stück Brot, „aber häufig haben sie auch gar nichts gebracht“.

Anfang Juni 2015 veröffentlichten die Vereinten Nationen einen vernichtenden Bericht über die Lage in Eritrea. Es gebe derzeit weltweit kein Land, in dem Menschenrechtsverletzungen weiter verbreitet seien als dort. Dem Regime von Präsident Isaias Afewerki werfen die UN-Ermittler willkürliche Inhaftierungen, Hinrichtungen und systematische Folter vor. Möglicherweise sei sogar der Tatbestand von „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ erfüllt.

Simon hat das alles mitgemacht. Er wurde im Gefängnis in Eritrea geschlagen, um zu „gestehen“, dass er Umstürzler war. Nach drei Jahren gelang ihm die Flucht in den Sudan. Aus einem Flüchtlingslager wurde er auf die Sinai-Halbinsel verschleppt und dort gefoltert, bis seine

Angehörigen seinen Peinigern 3000 Dollar geschickt hatten. Angesichts der heutigen Preise eine geradezu bescheidene Summe.

Jeder, der es nach Israel geschafft hat, erzählt furchtbare Geschichten. Fast alle wurden in Eritrea oder auf dem Sinai oder an beiden Orten gefoltert. Zusätzlich bedrückend ist ihre gegenwärtige Situation. Israel erkennt die Flüchtlinge nicht als Flüchtlinge oder Asylbewerber an. Es gibt kein geregeltes Asylverfahren. Der Stress einer notgedrungen halb illegalen Existenz ist vermutlich das letzte, was die Flüchtlinge nach ihren Erlebnissen in Eritrea und auf dem Sinai brauchen. Wer unter Traumata leidet, braucht Ruhe, wenn er sich je wieder stabilisieren soll.

Israel schiebt die Flüchtlinge zwar nicht nach Eritrea ab, drängt sie aber zu einer „freiwilligen Ausreise", zum Beispiel nach Ruanda oder Uganda. In den Augen der Eritreerinnen und Eritreer sind diese Länder aber nicht sicher, denn der Arm des eritreischen Geheimdienstes ist lang.

Simon Sium Mengesha kann seine Duldung nicht mehr verlängern, weil er schon länger als fünf Jahre in Israel ist. „Aber wo sollte ich denn hin?", fragt er. Dass er in Tel Aviv überlebt, verdankt er anderen eritreischen Flüchtlingen. Mit drei von ihnen wohnt Simon in einem Zimmer zusammen, die anderen drei teilen sich die monatliche Miete von umgerechnet 650 Euro. Der Raum ist mit den Betten und einem Wohnzimmertisch voll, in der Ecke über einem Waschbecken kommt die Tapete von den feuchten Wänden. „Wir sind doch auch Menschen", stellt der Mathematiklehrer Simon Sium Mengesha fest. „Warum behandeln sie uns wie Vieh?"

Wer ihm und den anderen Flüchtlingen in Israel zuhört, wünscht ihnen von Herzen, dass sie endlich irgendwo ankommen dürfen, endlich zur Ruhe kommen können und aufgenommen werden. Dass Israel so hartherzig ist, erschließt sich nicht. Millionen von Jüdinnen und Juden wurden getötet, weil man die Grenzen vor ihnen verschloss. Sie blieben in der Falle. Und Deutschland? Ich gebe Joachim Gauck Recht: Deutschland sollte großzügig sein. Das Gefeilsche um Quoten und Zahlen ist unserer Geschichte nicht würdig.



Bettina Rühl
Köln / Nairobi

Bettina Rühl berichtet seit über zwanzig Jahren aus und über Afrika. Sie lebt in Köln und Nairobi.

2 LESERBRIEFE

Zeitungsleser schrieb am 14.07.2015

Frau Rühl beschreibt das schreckliche Unrechtsverhalten aller beteiligten Länder, aber die Überschrift des Artikels stellt "Israel" in den Fokus, das Land, in dem der Flüchtling seit drei Jahren lebt. Warum lautet die Überschrift nicht "Ägypten foltert eritreische Flüchtlinge"? Was dort im Sinai passiert, sollte beleuchtet werden, zumal Ägypten am Tropf des Westens hängt.

Milan schrieb am 14.07.2015

"Zeitungsleser" sollte lernen, nicht nur mechanisch zu lesen, sondern auch zu verstehen: In der Überschrift steht

eindeutig "Flüchtlinge vor und hinter Israels Grenzen". Damit wird als Erstes z. B. Ägypten benannt, als Zweites Israel. Oder ist "Zeitungsleser" ideologisch verblendet oder schreibt im Auftrag Dritter? Im Übrigen hängt Israel politisch und finanziell auch am "Tropf des Westens". - Mir geht der Artikel betreffs Israels nicht weit genug, wird alles zu nett beschrieben. Menschenrechte sind universell, gelten für alle Staaten, oder, wenn nicht, dann für niemanden. Dann sollte auch hier, in Deutschland, das Geheule um verletzte Menschenrechte in den üblichen Feindstaaten aufhören. - Auf jeden Fall Frau Rühl Dank für den Beitrag.